

Schadensersatz

US-Kanzlei verklagt deutsche Konzerne

Die amerikanische Kanzlei Hausfeld will mit einem prominenten deutschen Kartellrechtsexperten Prozesse gegen die Deutsche Bank, VW und andere Konzerne führen: Christopher Rother, 51, der bisher die Kartellrechtsabteilung der Deutschen Bahn leitet, soll ab Januar dem neuen Hausfeld-Büro in Berlin vorstehen. Schon im Frühjahr will er für rund zehn

deutsche Unternehmen und andere Investoren in London Schadensersatzklagen gegen die Deutsche Bank und weitere Häuser wegen der Manipulation von Devisenkursen einreichen. Wegen des Liborskandals sind ebenfalls Klagen geplant. Auch in der VW-Affäre um geschönte Abgaswerte bringt sich Hausfeld in Stellung: Die Kanzlei ist in Gesprächen mit Flottenbetreibern, deren Fahrzeuge an Wert verloren haben. Außerdem bereitet man Klagen für VW-Aktionäre vor. mhs

Lufthansa

Platzek soll schlichten

In der bislang härtesten Tarifauseinandersetzung seit Bestehen der Lufthansa bewegen sich die Konfliktparteien weiter aufeinander zu. Mitte dieser Woche hatte sich die Konzernführung mit der

Kabinengewerkschaft UFO darauf geeinigt, ein Bündel offener Fragen und Probleme im Rahmen einer Schlichtung zu klären. Nun ist klar, wer diese Verhandlungen führen soll: der SPD-Politiker und ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzek. Insider schließen nicht aus, dass sich die Lufthansa-Spitze an diesem Wochenende sogar mit der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di auf neue Konditionen zur Vergütung und Altersversorgung für die rund 33 000 Beschäftigten in der Bodenabfertigung und Technik einigen wird. Offen wäre dann nur noch, wie es bei den Piloten weitergeht. did



Streikende Flugbegleiter

MATTHIAS BALK / DPA



KATHARINA STOEGMUELLER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Landwirtschaft

Deutsche misstrauen Milchbauern

Es sind Zahlen, die bei Landwirten wenig Begeisterung auslösen dürften: Fast jeder zweite Bundesbürger bezweifelt, dass es Kühen in modernen Milchviehbetrieben gut geht, so das Ergebnis einer repräsentativen Emnid-Umfrage. Auch dem Bestreben, mehr Milch für den globalen Markt zu produzieren, stehen die Verbraucher kritisch gegenüber. 60 Prozent glauben, dass Deutschland nicht mit Milcherzeugerländern wie den USA oder Neuseeland mithalten könne, 56 Prozent plädieren deshalb dafür, die deutsche Milchwirtschaft

solle sich auf den heimischen Markt konzentrieren, statt weiter auf Export zu setzen. Ausgerechnet das aber ist seit Jahren die Strategie, mit der der Deutsche Bauernverband und die großen Molkereien dem Verfall des Milchpreises begegnen wollen – bislang mit wenig Erfolg. Die Preise sind so niedrig wie seit Jahren nicht mehr, pro Liter erhielt ein konventioneller Bauer zuletzt knapp 28 Cent. Um dem verheerenden Image entgegenzuwirken, wollen Unternehmen und Landwirtschaftsverbände nun eine Initiative unter dem Namen „Dialog Milch“ starten. Sie soll Verbraucher und andere Interessensgruppen zusammenbringen. sam

Kommentar

Schnüffelstrom

Der Zwangseinbau neuer Stromzähler ist nicht smart.

Weil die Bundesregierung den Stromverbraucher offenbar für einen Trottel hält, der nicht weiß, was gut für ihn ist, setzt sie ihm künftig einen Helfer ins Haus – den „Smart Meter“, zu deutsch: den „intelligenten Stromzähler“. Details stehen in einem Gesetzentwurf, über den jetzt Bundesrat und Bundestag verhandeln. Demnach müssen es viele Hausbesitzer und Mieter nicht nur hinnehmen, wenn in den nächsten Jahren ein neuer Stromzähler eingebaut wird. Sie sollen auch bis zu 100 Euro dafür bezahlen. Die neuen Messgeräte verfügen über erstaunliche Fähigkeiten. Sie protokollieren, wann und wo das Licht brennt, ob der Geschirrspüler läuft oder der Wäschetrockner, und zeichnen so ein Bewegungsprofil jedes Hausbewohners. Experten der Fachhochschule Münster fanden heraus, dass der Schnüffelstromzähler dem Energieversorger sogar Hinweise liefern könnte, welcher Film gerade im Fern-

seher läuft, was freilich illegal wäre. Sollte ein Kunde seine Rechnung nicht bezahlen, kann ihm der Versorger künftig per Mausclick den Strom abstellen. Gleichzeitig muss kein Energieunternehmen befürchten, wegen der neuen Geräte weniger Strom zu verkaufen. Eine neue Studie der Verbraucherzentralen zeigt, dass Smart Meter keine große Hilfe beim Stromsparen sind. Ähnlich urteilte eine Expertengruppe beim Wirtschaftsministerium: Für die meisten Kunden wären die Kosten beim Zwangsaustausch größer als die Einsparungen.

Verbraucherschützer haben bis zuletzt versucht, die Regierung von ihrem Plan abzubringen. Doch die hörte lieber auf die Lobbyisten der Energiewirtschaft. Damit bleibt die Große Koalition ihrer Linie bei der Energiewende treu. Was immer getan wird, ob's nutzt oder nicht: Die Verbraucher bezahlen in jedem Fall.

Alexander Neubacher